Nr. 102. 12. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3172) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Dienstag, den 3. Mai 1898.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Nationalliberales aus dem Süden.

Eins muß man den Nationalliberalen lassen: Bei allen Wandlungen, die sie durchgemacht haben — in umgekehrter Richtung von liberalen Schmetterlingen zu bündlerischen Raupen — darin sind sie sich treu geblieben: so oft gegen die Reaktion eine Anklage erhoben wird, fühlen sie sich berufen, als deren parlamentarische Vertheidiger zu fungiren, um sorglich zu verhüten, daß das System sich bessert. Darin war von jeher ihr gefeierter Führer Herr v. Bennigsen groß. Kein Gerichtsvertheidiger der „Fliegenden Blätter“ kann einen Spitzbuben mit rabulistischen Mätzchen eifriger zu decken und hinauszureden suchen, wie er es immer that, so oft irgend ein noch so empörender Fall im Reichstage von unseren Genossen zur Sprache gebracht wurde. Und konnte der Fall selbst von keiner Seite gerechtfertigt oder beschönigt werden, so wurde wenigstens durch die stereotype und ungezogene Phrase, den Sozialdemokraten sei es blos um Aufreizung zu thun, die Anklage abgeschwächt. Aber auch wenn die Anklage von anderer Seite erhoben wird, treten sie in die Bresche und lassen der Reaktion kein Härchen krümmen.

Hat da, wie berichtet worden, dieser Tage im baierischen Landtage ein Zentrumsmann zwei Fälle zur Sprache gebracht, welche das Vertrauen auf die Rechtsprechung und Unparteilichkeit der Richter in Baiern erschüttert hätten. Der Mann, Josef Geiger, ist selbst Oberlandesgerichtsrath und gilt als der beste Jurist des baierischen Zentrums. Natürlich handelte es sich nicht um Ausschreitungen der Justiz gegen Sozialdemokraten oder Arbeiter, die lassen einen richtigen Zentrumsmann kühl, sondern gegen katholische Pfarrer. Ein anderer Zentrumsmann, der bekannte Lerno, sekundirte ihm kräftig und rückte auch der Groben-Unfug-Praxis zu Leibe. „Wer,“ sagte er, „ist heute noch sicher vor diesem Groben-Unfug-Paragraphen? Wer früher gesagt hätte, daß man mit diesem Paragraphen die Presse fassen werde, dem hätte man in's Gesicht gelacht. (Beifall allseitig.) Der Richter hat leider mit dem im Volke wohnenden Rechtsgefühl den Kontakt verloren. Der selige Dr. Völk hat einmal gesagt: Die größten Feinde des Rechts sind die Juristen — je gescheidter, je schlimmer!“

Man sollte meinen, daß kein Volksvertreter den traurigen Muth hätte, dieser Anklage, die einer in der gesammten Bevölkerung des Deutschen Reiches bis tief in die Reihen der Rechten hinein vorhandenen Stimmung und Anschauung Ausdruck gab, die Spitze abzubrechen. Aber wenn auch der Muth nicht zu den hervorragenden Eigenschaften nationalliberaler Parlamentarier gehört, den Muth, die herrschende Macht zu unterstützen, sich auf Seite des Starken gegen den Schwachen zu schlagen, haben sie immer besessen, und so war es denn richtig ein Nationalliberaler, der über die wackere Dame Justitia seinen Schild deckte. Nicht sowohl die Erkenntnisse als vielmehr die Kritik derselben haben das Vertrauen auf die Justiz erschüttert — eine These, die ebenso weise wie, daß nicht der Brandstifter, sondern die Feuerwehr, die zu löschen kommt, die Panik verursacht.

Im Verlauf der Debatte drehte er den Spieß um, indem er der ultramontanen Rechten zurief: „Treiben Sie in der Justiz keine Politik, es kann ja einmal die Zeit kommen, wo rechter Hand linker Hand Alles vertauscht ist. Es darf unter den Richtern kein Streberthum entstehen, bei dem sich der Richter fragt: mache ich keine Dummheit?“ Selbstredend meinte er ultramontane Richterstreberei auf Kosten der Liberalen, die ja auch keine Fabel zu sein scheint. Ergötzlich und nützlich ist es in jedem Fall, wenn die Klassenjustiz in der Soutane und im Bürgerkleid mit einander zanken.

Um dieselbe Zeit wurde im badischen Landtage das famose Oncken'sche 10 Mark-Buch „Kaiser Wilhelm der Große“ zur Sprache gebracht. Der Zentrumsführer Wacker klagte, daß das Buch, das die heftigsten Angriffe gegen das Zentrum enthalte, durch die Schulbehörde unter den Schülern verbreitet worden sei. Dazu bemerkte der Demokrat Venedey: „Er kenne das Buch nicht, er habe es schon um des Titels „Wilhelm der Große“ nicht gelesen. Ein Buch mit dieser Aufschrift halte er für eine bewußte oder unbewußte Geschichtsfälschung zu Gunsten des ersten Kaisers und seines Handlangers, des Fürsten Bismarck!“ Das war brav und sicherlich im Sinne so ziemlich der Gesammtbevölkerung Deutschlands gesprochen, mit ganz geringen Ausnahmen; denn Niemand kann zweifeln, daß auch die Meisten derjenigen, die diese Apotheose akzeptirt haben, innerlich selber nicht daran glauben. Da war es denn wiederum ein Nationalliberaler, der bekannte Fieser, dessen Entrüstungsfeuer aufflackerte. Er entblödete sich nicht, dem Ketzer einen bewußten Mißbrauch der Redefreiheit vorzuwerfen und ließ eine ganze Reihe von Gründen aufmarschiren, weshalb Wilhelm I. „der Große“ heißen muß, Gründe von solcher Art, daß die berühmten quinque causal bibendi (fünf Gründe für das Trinken) des Kommersbuches an Skurrilität von denselben weit übertroffen werden. Auch über den „Handlanger“ erboste sich Herr Fieser gewaltig, zu seiner großen Blamage, da das Wort, wie jeder wissen konnte, als Anspielung auf eine bekannte Aeußerung gebraucht ward.

Auch im württembergischen Landtage haben die Nationalliberalen dieser Tage wieder im Dienste der Reaktion ihren Mann gestellt. Seit Jahrzehnten fordert das Volk Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, und nach langem Sträuben entschloß sich endlich die Regierung dazu und legte einen Gesetzesentwurf vor, der auch die im Amt befindlichen Ortsvorsteher treffen sollte, denen aber für den Fall der Nichtwiederwahl volle Entschädigung der festen Bezüge zugesichert war. Zu dieser Schwenkung der Regierung haben ohne Zweifel die in ganz Deutschland bekannten Hegelmaierskandale in Heilbronn Wesentliches beigetragen. Der Minister selber trat warm für die Rückwirkung ein, die für eine größere Reihe von Gemeinden ein Bedürfniß und eine Wohlthat sei. Aber die Nationalliberalen im Verein mit dem Zentrum brachten die Rückwirkung zu Fall, und so wird das Gesetz, das man eine lex Hegelmaier nennen dürfte, den Heilbronner Hegelmaier und die vielen kleinen Hegelmaier im Lande gar nicht treffen. Die betreffenden Gemeinden müssen ihre Hegelmaier behalten bis an ihr seliges Ende.

Zum Schluß noch ein heiteres Stückchen. Zum ersten Mal hat die Stuttgarter Polizei den Sozialdemokraten, resp. den Gewerkschaften den Umzug am 1. Mai gestattet. Darüber ist der nationalliberale „Schwäbische Merkur“ ganz unglücklich, und da er die Kourage nicht hat, mit der Polizei anzubinden, knurrt er, der „Takt“ würde durch die Marschroute des Zuges verletzt, der sich an dem Königlichen Palais und — an den Büsten Bismarcks, des „Vaters des Sozialistengesetzes“, und Moltkes, des „Heros des Militarismus“, vorbei bewegt. Die Polizei ließ sich richtig insoweit in's Bockshorn jagen, daß sie darauf verordnete, nicht etwa daß die beiden Büsten mit einem Trauerflor verhängt werden — das hätte uns eingeleuchtet — sondern daß die Musik des Zuges während des Vorüberziehens an den genannten geweihten Stellen schweigen müsse. Ein Schwabenstreich erster Güte, durch den dafür gesorgt wurde, daß die ernste Feier der Würze der Komik nicht entbehrte.

Von der Weltbühne.

Die diesjährige Maifeier ist bisher in der gegnerischen Presse fast überall mit Schweigen übergangen worden. Die Gegner sind ja in diesem Jahre, da der Weltfeiertag auf einen Sonntag fiel, von dem Alpdruck befreit, der ihnen sonst um diese Zeit auf der Brust liegt und zu allerlei Zornesausbrüchen reizt. Da man dazu in diesem Jahre keinen Anlaß hat, so sucht man sich durch demonstratives Schweigen zu entschädigen, wird aber damit den erhebenden Eindruck der proletarischen Weltfeier ebenso wenig beeinträchtigen, wie durch noch nachträglich wohl kommende hämische Bemerkungen. Eine Ausnahme macht auch in diesem Falle die Berliner „Volksztg.“ Sie schreibt:

„Wir gehören nicht zu den Blättern, die der Meinung sind, daß der Maifeier der Sozialdemokratie mit Hohn und Spott gedacht werden müsse. Ein solches Verhalten erscheint uns kindisch. Es zeugt von großer politischer Verständnißlosigkeit.

„An sich ist der Umstand, daß sich Hunderttausende von deutschen Bürgern und Bürgerinnen zur Pflege eines kulturfreundlichen Gedankens festlich vereinigen, in hohem Maße geeignet, das aufrichtige Interesse jedes Unbefangenen zu erregen. Daß das Bestreben, die übermenschlich lange Arbeitszeit, unter der ungezählte Existenzen zu leiden haben, auf gesetzlichem Wege zum Schutze der wirthschaftlich Schwachen zu verringern, ein ideales, von den menschenfreundlichsten Antrieben ausgehendes, ein kulturfreundliches Streben ersten Ranges ist, daran zweifelt wohl nur der, der sich den einfachsten und gerechtesten Forderungen der Menschlichkeit verschließt. Ueber die Wege, die dahin führen, durch Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. durch Verlängerung der Schon- und Erholungszeit das geistige Niveau von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu heben, ihnen die Güter der Kultur in höherem Umfange zugänglich zu machen, ihrem Familienleben eine gesundere Basis zu geben, über die Mittel, zu diesem schönen Ziele zu gelangen, kann man streiten; je ruhiger und leidenschaftsloser, desto besser. Aber die Idee selbst ist eine so menschenwürdige, daß ihre Verwirklichung im sozialpolitischen Programm jedes besonnenen und verständigen Deutschen eine hervorragende Stelle einnehmen sollte.

„Es ist im Interesse des Ausgleiches der sozialen und politischen Gegensätze unser dringender Wunsch, daß alte demokratische Forderungen, die sich der bürgerliche und manchesterliche Liberalismus zum Theil leider von der Sozialdemokratie hat aus den Händen winden lassen, von jedem entschiedenen und ehrlichen Liberalen mit mehr Verständniß gewürdigt werden, als es bedauerlicherweise vielfach geschieht. Diesen Wunsch am Tage der Maifeier zum Besten des einer gründlichen sozialpolitischen Erneuerung noch immer sehr bedürftigen Liberalismus zu äußern, ist uns auch diesmal wieder Bedürfniß. Möge unsere Mahnung zu einer unbefangenen Würdigung derjenigen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die Fleisch vom Fleische der bürgerlichen Demokratie sind, nicht ungehört verhallen! Solches schreiben wir um des sozialen Friedens willen!“

Auf die sozialpolitische Erneuerung des Liberalismus wird die „Volksztg.“ wohl vergeblich hoffen.

Die Getreidezoll-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion ist am Sonnabend im Reichstage eingebracht worden. Sie lautet:

„Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: Beabsichtigen die verbündeten Regierungen Angesichts der ungewöhnlich hohen Getreidepreise eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle herbeizuführen?“

Die Regierung wird also Farbe bekennen müssen, ob sie, die ein so warmes Herz für die „Noth der Landwirthschaft“ hat und fortgesetzt auf der Suche nach Mitteln ist, um das „standesgemäße“ Einkommen der Junker aufzubessern, auch die wirkliche allgemeine Noth, die weiten Volkskreisen aus dem riesigen Steigen der Getreidepreise erwächst, zu berücksichtigen gewillt ist. Die Berathung der Interpellation wird wohl auch Gelegenheit geben, etwas Näheres über die von den Junkern für den Ablauf der Handelsverträge gehegten Pläne zu erfahren. Die Debatten dürften deshalb zur Klärung der wirthschaftlichen Situation ein Erhebliches beitragen.

Die Unzufriedenheit der Agrarier hat nun auch Herr v. Miquel erregt, der bisher ihr gehätschelter Liebling war, weil er sich stets bereit zeigte zu wenigstens einem halben Entgegenkommen, und vor Allem mit Versprechungen sehr freigebig war. Aber die Bündler sind der Meinung, daß man mit Versprechungen weder Sekt, noch Wettschulden, noch kostbare Dinge für Maitressen bezahlen kann. Und so macht denn die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe dem Herrn Minister klar, daß die Geduld ihrer Freunde zu Ende ist und daß sie Thaten sehen wollen, die den Junken etwas Klingendes einbringen. Das Bündlerorgan schreibt:

„Die Art, wie neuerdings auf die Beschwerden der Landwirthschaft wie überhaupt des Mittelstandes in Stadt und Land vom Ministertische geantwortet wird, ist so bezeichnend für den „neuesten Kurs“, daß es einmal besprochen werden muß. Die heutigen Ministerreden unterscheiden sich genau so von den früheren, wie sich Herr v. Miquel vom Grafen Caprivi unterscheidet. Der ehrliche Soldat und volkswirthschaftliche Dilettant hatte meist ein rundes „Nein“ für unsere Beschwerden; setzte man ihm mehr zu, so wurde er böse und ausfallend. Das ist heutzutage nicht mehr Brauch. Wenn wir heute klagen, so heißt es: Ja, Kinder, Ihr habt vollständig Recht, aber seid nicht allzu hitzig, seid ein Bischen „staatsmännisch“, denn erstens müssen wir uns die Sache näher überlegen und zum Anderen geht es doch nicht so, wie Ihr möchtet. . . . Die Regierung hebt immer die Flinte, aber sie schießt nicht, denn sie erklärt, zu vorsichtig zu sein, um einen Fehlschuß zu riskiren. Aus den Enqueten kommen wir nicht heraus und werden immer auf eine „spätere Regelung“ vertröstet. Herr von Miquel kommt uns vor wie ein Arzt, der sich unaufhörlich mit der Diagnose beschäftigt und gar nicht dazu kommt, Mittel anzuwenden. . . . Einfacher ist es, sich mit schönen Worten, billigen Ausreden und nebelhaften Versprechungen durchzuhelfen. Mit „Diagnose“ hat man sich doch schon genug beschäftigt, der Worte sind genug gewechselt, aber von Thaten sieht man nichts.“

Um der Thatenlust des Herrn Miquel etwas nachzuhelfen, heißt es dann zum Schluß:

„Wählet im praktischen Leben stehende Männer, die wissen, wo den Bauer und Handwerker der Schuh drückt, ehrliche unabhängige Männer mit steifem Nacken, die sich auch nicht scheuen, einer Ministerexzellenz, wenn es sein muß, gründlich die Wahrheit zu sagen. Das wird schon helfen, und Herr von Miquel wird dann seine ewigen Ausflüchte und Verklausulirungen sich sparen und statt: „Ja aber“ — „ja also“ sagen!“

Die Auslassung zeigt einmal wieder recht klar, daß die Begehrlichkeit der Junkersippe keine Grenze mehr findet.

Zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden, ist das Bürgerthum in Gefahr. So klagt beweglichdie „Magdeb. Ztg.“ Nämlich zwischen dem Bund der Landwirthe und der „sozialen Umsturzpartei“. Der Klageruf zeugt immerhin von einiger Einsicht, denn der nationalliberalen Partei droht dieses Geschick sicher, ja richtig genommen hat es sie schon ereilt. Aber die „Magdeb. Ztg.“ sucht merkwürdiger Weise die klägliche Grundsatzlosigkeit des Nationalliberalismus verantwortlich zu machen, sondern die — Sozialdemokratie. Sie erklärt:

„Die Sozialdemokratie hat durch ihr immer wüsteres Auftreten in den siebziger Jahren das Meiste dazu beigetragen, um die freiheitliche Entwicklung unserer Verhältnisse zu unterbrechen und den ersten reaktionären Vorstoß, die Reichstagsauflösung von 1878, die Schutzzollpolitik und die Politik: „das Papstthum ist Trumpf“ hervorzurufen. Nichts hat so sehr das Bürgerthum geschwächt, wie das Auftreten der Sozialdemokratie. Sie hat nicht nur weite Schaaren der Wähler dem Liberalismus untreu gemacht und dadurch dessen parlamentarische Macht erschüttert, sie hat auch noch bewirkt, daß Hunderttausende von Wählern zur Reaktion übergegangen sind, weil diese den sichersten Schutz gegen den Umsturz versprach. Und was hat die Sozialdemokratie dadurch erreicht? Nichts als den Triumph der Reaktion; diese ist es in Wahrheit, die seit zwanzig Jahren mehr oder minder stark die Gesetzgebung und Verwaltung beherrscht hat.

„Mit der Eindämmung der Sozialdemokratie hat freilich wieder die Reaktion keinen Erfolg gehabt, und nie wird ihr das gelingen. Von 1878 bis 1893 ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 437 000 auf 1 786 000 gestiegen. Das ist die Probe auf das Exempel. Wenn einmal der Staat den politischen Grundsatz sanktionirt, daß er berufen sei, die Einkommensvertheilung nach seinem Ermessen abzuändern, so wird die Menge der Unbemittelten niemals dabei stehen bleiben, daß diese Wirksamkeit des Staates nur zu ihrem Nachtheil geschieht. Vertheilt einmal der Staat das Eigenthum, so wird stets die große Masse der Nichtbesitzenden sich melden, daß ihr in erster Linie die Fürsorge des Staates gebühre. Deshalb: so straff die agrarische Reaktion auch ihren Bogen spannt, sie wird niemals eine Abnahme der Unzufriedenheit, niemals eine Abnahme der Sozialdemokratie erreichen, sondern beiden immer nur neue Schaaren zuführen.“

Wer ist denn aber nun berufen, diesen so sehr ersehnten Erfolg zu erzielen? Man höre, aber lache nicht: „Soll wirklich ein heilsamer Gegeneinfluß ausgeübt werden, so kann er nur von dem liberalen Bürgerthum ausgehen. Diesem ist die Aufgabe auferlegt, den beiden Extremen mit aller Macht entgegenzuwirken.“

Also dieselben Nationalliberalen, welche aus Furcht vor der Sozialdemokratie sich der schlimmsten Reaktion in die Arme geworfen haben, wollen beide: Sozialdemokratie und Reaktion bekämpfen. Das Korn will sich gegen die Mühlsteine wehren! Wir wünschen viel Vergnügen!

Die „hohen Kosten“ werden von der Regierung niemals vorgeschützt, wenn sich's darum handelt, den hohen Beamten das Leben so angenehm wie möglich zu machen, wohl aber immer dann, wenn die Lage der unteren Beamten eine Aufbesserung erfahren soll. Dieser Unterschied findet sich in jedem Verwaltungsressort. Das Reichspostamt hat, wie postoffiziös mitgetheilt wird, über die Gestaltung des Erholungsurlaubs der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung neuerdings Bestimmungen erlassen, die den weiteren Ausbau dieser Einrichtung zum Zweck haben. Zur Erläuterung wird offiziös dazu bemerkt:

„Naturgemäß kann mit der Verallgemeinerung der Beurlaubung wegen der hohen Kosten nur allmälig vorgegangen werden. Wenn schon im Jahre 1897 durch die in beschränkterem Umfange stattgehabte Ertheilung von Erholungsurlaub an die Unterbeamten nach der von dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts im deutschen Reichstage abgegebene Erklärung 85 000 Mark Stellvertretungskosten entstanden sind, so würde die plötzliche allgemeine Ausdehnung der Vergünstigung auf die sämmtlichen, oder auch nur auf die etatsmäßig angestellten Unterbeamten den Kostenaufwand zu einer unverhältnißmäßigen Höhe anschwellen lassen. Hieraus folgt, daß die Erweiterung der Einrichtung in derselben Weise, wie dies hinsichtlich des Erholungsurlaubs der Beamten der Fall gewesen ist, nur nach und nach in's Werk gesetzt werden kann, um auf den Höhepunkt zu gelangen, zu welchem sich die jährliche Beurlaubung der Beamten entwickelt hat.“

Freilich ist's „naturgemäß“, daß den Unterbeamten zuletzt eine Erleichterung zu Theil wird — „wegen der hohen Kosten“. Es handelte sich, um den „Ausbau“ des Erholungsurlaubs vorzunehmen, im vorigen Jahre zunächst um eine Mehrausgabe von M. 85 000. Dieser stehen im Jahre 1897/98 zirka M. 384 022 994 Einnahmen (25 Millionen mehr als im Vorjahre) gegenüber. Und bei solch einer, einen Millionen-Profit abwerfenden Einnahme nennt man die im Interesse der Unterbeamten zu machenden Mehraufwendungen „hohe Kosten“, ein Kostenaufwand von „unverhältnißmäßiger Höhe!“

Mit Recht bemerkt die Berliner „Volks-Zeitung“, daß jede unangebrachte Rücksicht auf die vermeintlich zu hohen Kosten grade vom finanziellen Standpunkt aus zu bedauern ist. Es wird in der offiziösen Auslassung selbst deutlich anerkannt, daß der beurlaubt gewesene Beamte „mit erhöhter Berufsfreudigkeit und körperlich wie geistig gestärkt“ seine Dienstgeschäfte wieder aufnimmt. Mithin bedeutet die möglichst weitgehende Urlaubsertheilung trotz der augenblicklichen Kosten für die Dauer eine Ersparniß, da sich mit der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Beamten eine längere Dienstfähigkeit der Betheiligten und somit eine Verminderung des Pensionsetats erzielen läßt. Grade „wegen der hohen Kosten“, die der bei dem vorzeitigen Verbrauch der übermäßig angestrengten Beamtenkräfte immer größer werdende Pensionsetat verursacht, sollte man von den „hohen Kosten“, die durch die Beurlaubungen entstehen, kein Aufhebens machen.

Uebrigens mögen die Postbeamten sich merken: Von den reaktionären Abgeordneten, die außer der Nothlage der ostelbischen Großgrundbesitzer keine andere Nothlage anerkennen, haben die Postbeamten nach der angedeuteten Richtung hin nichts zu erwarten. Auch die Unterbeamten bei kleineren Verkehrsanstalten bedürfen des Urlaubs, und wenn einmal ein Landbriefträger ausspannen kann, wird es ihm in seiner Berufsfreudigkeit und seiner Leistungsfähigkeit nichts schaden! So hoffen wir denn im Interesse der Postunterbeamten, daß die Begründung „wegen der hohen Kosten“ recht viele Abgeordnete der Opposition in den Reichstag bringen werde, damit die Urlaubsertheilungen in schnellem Tempo den denkbar größten Umfang annehmen und ganz allgemein werden! Die Wahlen stehen vor der Thür, und die viele Tausenden Unterbeamten der Post haben dabei ein gewichtiges Wort mitzureden!

Ihr eigenes Interesse weist sie darauf hin, sozialdemokratisch zu wählen!

Den Ausnahmegesetz-Schreiern à la „Hamb. Nachr.“ widmet die ultramontane „Märk. Volksztg.“ folgende Auslassung:

„Die Regierung müßte geradezu wahnwitzig sein, wenn sie auf diesen Weg sich drängen ließe, und dadurch der Sozialdemokratie neues Blut und neuen Agitationsstoff zuführen und so dadurch ihr auch zu neuen Erfolgen verhelfen würde. Wenn aber — was wir natürlich nicht zugeben — ein neues Ausnahmegesetz als nothwendig sich erweisen sollte, so müßte unseres Erachtens dasselbe zunächst gegen jene gewissenlosen Elemente gerichtet sein, die durch ihr beständiges Rufen nach neuen Ausnahmegesetzen die friedliche und gedeihliche Entwicklung unserer Zustände hindern und dadurch ein Verbrechen am deutschen Volke begehen.“

Das klerikale Blatt hat dabei nur leider vergessen, daß seinerzeit auch das Zentrum bei der Umsturzvorlage eifrig mitgearbeitet hat, ein Ausnahmegesetz zu schaffen.

Der „grobe Unfug“ im Verein mit dem ambulanten Gerichtsstand für die Presse hat kürzlich in dem Prozeß gegen Harden, den bekannten Bismärcker und Herausgeber der „Zukunft“, wieder ein Opfer gefordert. Das bot dem Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Verein Anlaß, sich mit der Anwendbarkeit des Groben Unfug-Paragraphen auf die Presse und mit der Frage des ambulanten Gerichtsstandes zu beschäftigen. Nach einem Referate des Monsignore Knab, der die Nothwendigkeit betonte, in ruhiger Ausdauer mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die Art von Rechtsprechung vorzugehen, wie sie heutzutage der Presse gegenüber angewendet wird, und einer lebhaften Diskussion wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen.

Selbst die sonst für alle reaktionären Maßregeln begeisterte Münchener „Allgemeine Zeitung“ wendet sich sehr energisch gegen die bei der Verurtheilung Hardens maßgebend gewesenen juristischen Grundsätze. Herr Harden ist eben kein Sozialdemokrat, dafür aber ein begeisterter Verehrer des Fürsten Bismarck. —

In der „Deutschen Juristen-Ztg.“ schreibt der Herausgeber, H. Staub, zu dieser Blüthe moderner deutscher Juristenkunst:

„Der Paragraph vom groben Unfug hat in der That seine Mission erfüllt. Er hat gezeigt, welchen Wandlungen eine Gesetzesstelle ausgesetzt ist, wie solch' ein Paragraph gegen muthwillige Bubenstreiche schließlich ein Paragraph werden kann, der gegen alle nur denkbaren Beunruhigungen angewendet werden kann, außer gegen die Beunruhigung, welche diese weite Ausdehnung dieses Paragraphen schießlich im Gefolge hatte. Gegen diese Beunruhigung ist nur ein Kraut gewachsen, die Aufhebung des Paragraphen. Oder wird er gar auf Vertheidiger stoßen?“

Daß das nicht geschieht, scheint uns durchaus nicht ausgemacht. So leicht verzichtet die Reaktion nicht auf eine Waffe zur kleinlichen Chikanirung ihrer Gegner.

In der Vereinsgesetzfrage hat sich die sächsische erste Kammer weniger reaktionär erwiesen, als die zweite Kammer, welche die eigentliche Volksvertretung darstellen soll. Der Bericht der Kommission der ersten Kammer über die Vereinsgesetz-Revision empfiehlt den Ausschluß der Minderjährigen von der Theilnahme an politischen Versammlungen, da eine gleiche Bestimmung auch in dem seinerzeit von einer Reichstagskommission ausgearbeiteten, allerdings später nicht zu Stande gekommenen Entwurfe zu einem Reichsgesetz enthalten gewesen sei, desgleichen habe das preußische Abgeordnetenhaus eine gleiche Bestimmung angenommen und auch in einem baierischen Gesetzentwurf habe eine solche Bestimmung Aufnahme gefunden. Dagegen empfiehlt die Deputation, von dem Ausschluß der Frauen von politischen Versammlungen abzusehen. Da den Frauen die Betheiligung an Vereinen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, unverwehrt sei, so könne man ihnen auch die Theilnahme an Versammlungen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, nicht versagen. Auch würde der Beschluß der zweiten Kammer, den Frauen die Abhaltung solcher Versammlungen zu gestatten, welche lediglich für die Erörterung der besonderen Berufs- und Standesinteressen der Frauen bestimmt sind, voraussichtlich zu so vielen Zweifeln Anlaß geben, daß es besser sei, den Frauen ihre bisherigen Rechte zu belassen. Der Bericht dürfte noch in dieser Woche zur Berathung kommen. Beschließt die erste Kammer demgemäß, so muß noch ein Vereinigungsverfahren zwischen beiden Kammern stattfinden, um einen ständischen Beschluß zu Stande zu bringen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die zweite Kammer nachgiebt. Es bleiben dann aber immer noch die Bedenken der Regierung, die den Ausschluß der Minderjährigen nur dann akzeptiren will, wenn sie die Auflösungsbefugniß aus Anlaß der Anwesenheit Minderjähriger erhält; diese Auflösungsbefugniß stößt aber namentlich bei den Nationalliberalen auf Widerstand. Die Situation ist also immer noch ziemlich verwirrt.

Der Einfluß des spanisch-amerikanischen Krieges auf die deutsche Industrie tritt immer schärfer zu Tage. Den verschiedenen darauf bezüglichen Mittheilungen, welche wir schon gebracht haben, ist nun auch noch die Nachricht hinzuzufügen, daß die voigtländische Stickereiindustrie in bedeutendem Maße leidet. In den Stickereien, welche mit Aufträgen für Amerika versehen waren, stehen schon viele Maschinen, so sind z. B. in einer Stickerei mit 22 Schiffchenmaschinen nur noch drei Maschinen im Gange.

Die Nutzlosigkeit der Gewaltpolitik gegen die sozialistische Bewegung muß nun auch die ungarische Regierung erfahren. Die Ausweisung der bekannteren Genossen aus der Hauptstadt hat für keinen Augenblick das Parteigefüge erschüttert. In ihrer Wuth hat nun die Regierung, wie schon gemeldet, die für den 1. Mai in Budapest einberufenen Volksversammlungen verboten. Auch auf dem Lande, wo die Regierungskommissäre noch vor Kurzem von Dorf zu Dorf zogen, um den Sozialismus zu vernichten, offenbart sich die Nutzlosigkeit der Gewaltpolitik. Die thörichten Ausweisungen haben nur zur Folge gehabt, daß in die verschiedensten, bisher vom Sozialismus ganz unberührt gebliebenen Gegenden geschulte Agitatoren gekommen sind, deren Ueberwachung eine schwere Sorge der Komitatsbehörden bildet. Auch mit der beabsichtigten sofortigen Zerstörung der ganzen Feldarbeiterorganisation ist es nichts geworden, und die Regierung bemüht sich nun, dieses Ziel sozusagen hinterrücks, durch Chikanen und administrative Vergewaltigungen zu erreichen. Wie unverschämt und zugleich unsinnig sie hierbei vorgeht, zeigt ein Erlaß des Ministers des Innern an die Munizipien, der im „Pester Lloyd“ veröffentlicht wird. Die Munizipalbehörden werden darin aufgefordert, die sozialistischen Fach- und Feldarbeitervereine mit verdoppeltem Eifer zu überwachen.

Diese Art, in der die ungarischen Machthaber die sozialistische Bewegung, die doch im Lande grade so feste Wurzeln gefaßt hat wie die kapitalistische Ausbeutung, umbringen wollen, könnte beinahe komisch erscheinen, wenn sie sich nicht gegenüber den einzelnen Bürgern als die empörendste Vergewaltigung und Rechtsbeugung kundgäbe, die ihre Urheber der Verachtung der gesitteten Welt preisgiebt. Wohl zu den niederträchtigsten aller Gewaltthaten, deren sich die als Richter verkleideten ungarischen Ausbeuter schuldig machen, gehören die Verurtheilungen jener Arbeiter, die keine Kontrakte für die Erntezeit abschließen wollen. Dieses Jahr muß nämlich für die Agrarier ein goldenes werden, da die Weizenpreise in Folge des amerikanischen Krieges in die Höhe getrieben werden. Die ungarischen Grundherren schmunzeln schon in der Erwartung einer Hungersnoth, aus der sie ihren Profit ziehen könnten, und empören sich bei dem Gedanken, daß die Arbeiter in die Lage kommen könnten, diese günstige Situation für sich auszunutzen. In der ungarischen Justizkomödie zeigt sich unverhüllt so die Grundthatsache der bürgerlichen Welt, die Identität der „Ordnung“ mit dem Profit.

Drei Menschenopfer sind von der D—ame Justitia den ungarischen Machthabern dargebracht worden. Am Sonnabend wurden in Agram drei Bauern unter den üblichen Formalitäten vom Henker erwürgt — „von Rechtswegen“.

Unsere Leser erinnern sich wohl noch des von uns ausführlich geschilderten Prozesses gegen die kroatischen Bauern von Sjenica. Die armen, unwissenden Leute, die von den ungarischen Beamten bis auf's Blut gepeinigt worden sind und die vergebens um Schutz gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker riefen, hatten in einem Moment der Verzweiflung drei Feldmesser, die sie für Abgesandte der Regierung hielten, welche den kroatischen Bauern auch noch das Letzte nehmen wollten, getödtet. Darauf folgte das Blutgericht von Agram, welches eine Schaar von Männern und Frauen auf Jahre in den Kerker schickte, drei Bauern aber sich ausfuchte, um an diesen „ein Exempel zu statuiren“. Und wirklich sind die drei Unglücklichen als Opfer der „Staatsraison“ am Sonnabend abgeschlachtet worden. Der „milde“ Monarch hat sein Begnadigungsrecht nicht ausgeübt — arme Bauern haben ja keine Fürsprecher bei Hofe, wie hochwohlgeborene Hallunken — und der Henker that seine Arbeit.

Ungarische Kultur am Ende des neunzehnten Jahrhunderts! Wann wird die Abrechnung erfolgen?

Neue Hungerrevolten in Italien meldet der Telegraph. In den Provinzen Ferrara und Bologna fanden am Freitag an einzelnen Orten schwere Brot-Krawalle statt. In der Stadt Ferrara demolirte die wüthende Menge viele Läden und Cafés. Die Kavallerie machte drei Angriffe. In Castel Sampietro (Bologna) plünderten die Weiber alle Bäckerläden und eine Mühle; in Mazzara wurde der Palast Zuchini in Brand gesteckt. Der Brotpreis stieg in Ferrara auf 55, in Trevisio auf 60 Centesimi per Kilogramm. Der Agrar-Streik dehnt sich in der Provinz Mantua immer weiter aus.

Am Sonnabend zogen mehrere Tausend Personen, meist Frauen, mit Fahnen, auf denen die Inschrift stand: „Wir wollen Brot!“ vor das Rathhaus in Neapel. Truppen zerstreuten die Demonstranten. Im Steinregen wurde ein Karabiniere verwundet. Der Stadtrath bewilligte eine halbe Million, um den Brotpreis auf 35 Centesimi für das Kilogramm zu bringen.

In Aversa (Provinz Caserta) kam es am Sonnabend wegen der Brotpreise zu Ruhestörungen. Aus demselben Grunde herrschte in Rimini und in einigen kleineren Orthschaften in der Nähe von Neapel Erregung.

Und diese Zeit der Hungersnoth — denn um Hungersnoth handelt es sich wirklich — fand ein italienischer Agrarierhäuptling, Salandra, für passend, um in der Kammer für Beibehaltung der hohen Getreidezölle zu sprechen. Die Frechheit der privilegirten Räuber ist wirklich überall die gleiche! Salandra hatte den traurigen Muth, als Motiv für Beibehaltung der Zölle die Nothwendigkeit aufzuführen, die Grundrente müsse auf ihrer bisherigen Höhe erhalten werden, damit die Besitzenden vor einer etwaigen künftigen Krise bewahrt blieben. Selbstverständlich leuchtet diese Argumentation der Regierung ein, und so wird denn die Aushungerung des Volkes weiter betrieben werden.

New-York, 18. April. Während aus den meisten Plätzen, an denen sich unsere Partei an den Wahlen betheiligte, günstige oder doch — in Anbetracht des „Kriegsrummels“ — befriedigende Resultate gemeldet worden sind, machte die „Seidenstadt“ Paterson, oder richtiger gesagt, der für uns wichtigste Aldermann-Bezirk dieses Ortes eine Ausnahme. Das Gesammtresultat, rund 2000 Stimmen, ist zwar als ein gutes zu bezeichnen, doch unterlag im 8. Distrikt unser bisheriger Vertreter im Stadtrath Maguire der „einen reaktionären Masse“; er erhielt 977 Stimmen gegen 1205 des von den vereinigten Demokraten und Republikanern aufgestellten Gegners. Freibier und „cash“ (Baarzahlung) spielten bei den Anstrengungen der Gegner, den unangenehmen „Hecht im Karpfenteich“ loszuwerden, die einzige Rolle, und diese „Argumente“ werden ja auch so lange ihren Werth behalten, als der von den schwangpolitischen Arbeiterführern gehegte „Unverstand der Massen“ grassirt. In den übrigen Orten von New-Jersey